

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

16. WP - 48. Sitzung

am Mittwoch, dem 24. September 2008, 14 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Jutta Scheicht (CDU)

i. V. von Axel Bernstein

Claus Ehlers (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Herlich Marie Todsen-Reese (CDU)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Detlef Buder (SPD)

i. V. von Konrad Nabel

Sandra Redmann (SPD)

Günther Hildebrand (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Ulrike Rodust (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Alternative und ergänzende Küstenschutzmaßnahmen	5
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/79	
hier: Informationsgespräch mit Fachleuten	
2. Milchmengensaldierung stoppen	7
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2165	
3. Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2137	
4. Verbindliche Nährwert-Kennzeichnung von Lebensmitteln	11
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1698	
5. Ökostrombeschaffung für Landesliegenschaften	12
Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2183	

6. a) Ausweitung der Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer 13

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1993

b) Den Nationalpark Wattenmeer durch Ausweitung der Ölförderung schützen

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2203

7. Dem ländlichen Raum Entwicklungschancen lassen 14

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2057

8. Grüne Woche 2009/Informationsreise 15

9. Verschiedenes 16

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Alternative und ergänzende Küstenschutzmaßnahmen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/79

(überwiesen am 27. Mai 2005)

hierzu: Umdruck 16/65

hier: Informationsgespräch mit Fachleuten

M Dr. von Boetticher berichtet, im Mai 2008 sei ein Endbericht des Versuchs in Dänemark vorgelegt worden. Zusammenfassend sei zu sagen, dass das Drainagesystem keine ausreichende Wirkung habe, um als Küstenschutzmaßnahme wirksam zu sein.

Abg. Harms fragt nach dem Stand zu alternativen Küstenschutzmaßnahmen beziehungsweise Versuchen in Schleswig-Holstein.

M Dr. von Boetticher legt dar, Voraussetzung dafür sei, dass es ein Verfahren gebe, das hinreichend Aussicht auf Erfolg habe, sodass ein Test durchgeführt werden könne. Der in Dänemark durchgeführte Test sei nicht wiederholt worden. Im Übrigen seien die Mitarbeiter seines Ministeriums weltweit in Kontakt- und Arbeitsgruppen vertreten. Im Augenblick gebe es kein seinen Experten bekanntes Verfahren, das an den Küsten Schleswig-Holsteins geeignet wäre, den bisherigen Aufwand zu reduzieren.

AL Wienholdt berichtet, 2006 sei auf Sylt eine Veranstaltung organisiert worden, um zu erörtern, ob es Maßnahmen für den Schutz sandiger Küsten auf dem Markt gebe. Ebenfalls 2006 sei eine Riffvorspülung durchgeführt worden. Diese sei wirtschaftlicher und bringe mehr als herkömmliche Maßnahmen. Dies sei ein Verfahren, das auch in Zukunft vermutlich mehr eingesetzt werden werde. Neu seien ebenfalls leichtere Bauweisen. Getestet werde derzeit ein Verfahren, um Steine mit Klebstoff zusammenzubinden. Das sei eine elegantere und wirtschaftlichere Methode als bisher, um Stein- und Stützstandwerke zu ersetzen.

Abg. Ehlers begrüßt Versuche, um die Kosten für Küstenschutzmaßnahmen zu reduzieren. Im Übrigen bittet er darum, dem Ausschuss die Zusammenfassung der Testergebnisse in Dänemark zur Verfügung zu stellen. - M Dr. von Boetticher sagt dies zu.

AL Wienholdt bestätigt auf Frage von Abg. Dr. Höppner, dass sich das Riff vor Sylt dem Strand nähere. Dabei handele es sich um einen natürlichen Prozess, gegen den angearbeitet werde.

Auf eine Frage von Abg. Hildebrand erläutert AL Wienholdt, dass das Riff, vor dem von Greenpeace Steine versenkt worden seien, etwa 70 km westlich von Sylt liege. Die Maßnahmen, die von der Landesregierung durchgeführt würden, befänden sich etwa 10 km westlich von Sylt.

Abg. Harms fragt nach dem Stand der Dinge bezüglich der künstlichen Ansiedlung von Muschelbänken. Herr Hinrichsen berichtet ausführlich von einem Versuch mit einem künstlichen Muschelgebiet vor Pellworm und erläutert, dass diese Konstruktionen keinen Sand produzieren und somit als Küstenschutzmaßnahme im Prinzip nicht geeignet seien.

Mit Einverständnis des Antragstellers empfiehlt der Ausschuss dem Landtag einstimmig, den Antrag für erledigt zu erklären.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Milchmengensaldierung stoppen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2165

(überwiesen am 18. Juli 2008)

M Dr. von Boetticher legt dar, ein abschließender Überblick könne noch nicht gegeben werden, da noch keine konkreten Beschlüsse gefasst worden seien. Derzeit liefen Vorbereitungen für die Agrarministerkonferenz, auf der das Thema bei den sogenannten Kamingesprächen sicherlich erörtert werden werde.

Aus seiner Sicht könne das Land Schleswig-Holstein Folgendem zustimmen:

- Der Umrechnungsfaktor sei vor dem Hintergrund akzeptabel, dass eine Anhebung der nationalen Milchquote erfolge.
- Die schrittweise Erhöhung der Milchquote sollte an Milchmaßnahmen und -programme der Kommission gekoppelt werden.

Ziel sei, eine Situation herzustellen, die es den Landwirten ermögliche, für den Markt produzieren zu können. Das bedeute, dass die Produktionskosten gesenkt werden müssten. Voraussetzung dafür sei, dass die Quotenkosten nicht stiegen. Die Vorschläge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führten zu einem gegenteiligen Ergebnis. Deshalb könne er diesen Weg nicht mitgehen.

Abg. Ehlers macht auf die Öffnung des Marktes im Jahr 2012 aufmerksam und äußert das Petitum, im Rahmen der WTO-Verhandlungen für einen größeren Außenschutz zu kämpfen. Er macht sodann deutlich, dass alle Maßnahmen, die zu einer nationalen Begrenzung führten, von seiner Fraktion nicht mitgetragen werden könnten. Deshalb beantrage er, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Abg. Matthiessen dagegen vertritt die Ansicht, dass 2015 eine andere Entwicklung eintreten könne als die hier prognostizierte. Er geht sodann auf eine Bemerkung von M Dr. von Boetticher ein, dass ein stärkerer Zusammenschluss der Milchbauern gewissermaßen zu kartellhaften Bedingungen auf Anbieterseite führen könnte, und hält dies für abwegig.

Er endet seinen Beitrag mit der Prognose, dass es, wenn die Quoten nicht begrenzt würden, zu einem massiven Milchbauernsterben kommen werde.

Abg. Dr. Höppner macht deutlich, dass Marktöffnung und Milchquote nicht zusammenpassen. Im Übrigen hätten auch in der Vergangenheit Milchquoten die Erzeuger nie geschützt. Sodann stellt er eine Frage zum Thema Milchbörse, auf die M Dr. von Boetticher erwidert, angesichts der voraussichtlichen Entwicklung im Jahr 2015 müsse dafür gesorgt werden, dass die Kosten für Milchquoten gesenkt würden, da es sich bei dem Quotensystem um ein auslaufendes Modell handle. Er halte es - so auf Abg. Matthiessen - für im höchsten Maße unredlich, dass von Frau Künast eine Agrarwende eingeläutet werde, und nunmehr von den Grünen genau der entgegengesetzte Weg eingeschlagen werde. Er bemerkt ferner, dass es bereits seit Jahrzehnten ein Milchbauernsterben gebe.

Im Übrigen halte er es für unredlich, zu sagen, dass nur die Entwicklung bis 2015 betrachtet werde. Dem widerspricht Abg. Matthiessen. Er versichert, dass er durchaus Vorstellungen für die Entwicklung nach 2015 habe. In der jetzigen Situation halte er eine vorsichtige und preis-sensitive Mengenpolitik für die richtige Antwort.

Abg. Hildebrand merkt an, dass die jetzigen Preise für Milcherzeuger nicht auskömmlich seien. Festzustellen sei aber auch, dass es unterschiedliche Produktionskosten gebe. Er kommt sodann auf eine Rede des Ministerpräsidenten und die darin gegebene Zusage zu sprechen, Gespräche zu führen, und möchte wissen, welches Ergebnis diese gezeitigt hätten.

M Dr. von Boetticher antwortet, dass es Gespräche sowohl beim Ministerpräsidenten als auch beim Bundesminister gegeben habe. Dabei sei nur über das Thema Frischmilch gesprochen worden. Darüber sei ein Übereinkommen erzielt worden. Dieser Bereich betreffe allerdings nur 12 bis 13 % des gesamten Milchmarktes. Im Übrigen - so schließt er seinen Beitrag - habe sich die Landesregierung immer stark dafür gemacht, dass es zu einem Milchquotenausstieg ein Begleitprogramm gebe.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag Drucksache 16/2165 abzulehnen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2137

(überwiesen am 18. Juli 2008 zur abschließenden Beratung)

Abg. Hildebrand geht auf eine Pressemitteilung eines Bundestagsabgeordneten ein, nach der der Bundeslandwirtschaftsminister zu erkennen gegeben habe, dass er mit einer Erhöhung der Modulation leben könnte.

M Dr. von Boetticher will dieses Thema bei seinem nächsten Treffen mit dem Bundeslandwirtschaftsminister ansprechen. Im Übrigen - so führt er aus - habe die Landtagsdebatte deutlich gemacht, dass der Landtag übereinstimmender Auffassung sei. Die Bundesländer lehnten eine Erhöhung der Modulation ab, da keine Kofinanzierungsmittel vorhanden seien.

Abg. Hildebrand geht auf den Bericht der Landesregierung ein und hält diesen angesichts der konkret gestellten Fragen für nicht konkret genug.

M Dr. von Boetticher macht deutlich, die Landesregierung sei sowohl in der Agrarministerkonferenz als auch beim Bundesminister als auch in Brüssel vorstellig geworden. Die der Landesregierung zur Verfügung stehenden Beeinflussungsinstrumentarien seien somit ausgeschöpft worden. Er geht auf die konkret gestellten Fragen ein und macht hier deutlich, dass das Land selbst keine Möglichkeit habe, weiteren Einfluss zu nehmen. Die Auffassung des Landes Schleswig-Holstein sei dem Bundesminister deutlich gemacht worden. Aber nicht das Land Schleswig-Holstein, sondern der Bundesminister führe die entsprechenden Verhandlungen in Brüssel. Abzuwarten sei, welche Positionen durchgesetzt werden könnten.

Auf eine weitere Frage von Abg. Hildebrand erläutert M Dr. von Boetticher, die zweite Säule müsse kofinanziert werden. Die überwiegende Zahl der Flächenländer habe keine oder nur wenig Mittel dafür zur Verfügung. Das Land habe sich im Bundesrat entsprechend eingebracht. Es werde erneut getagt werden, sobald der Bundesminister ein Feedback gegeben habe.

Abg. Ehlers lehnt eine Umschichtung der Mittel über die Modulation in die zweite Säule ab.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2137 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verbindliche Nährwert-Kennzeichnung von Lebensmitteln

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1698

(überwiesen am 22. November 2007 an den **Sozialausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/2855, 16/2867, 16/2877, 16/2883, 16/2951, 16/2958,
16/2968, 16/2969, 16/2970, 16/2978, 16/2988, 16/2992,
16/2993, 16/2994, 16/3004, 16/3012, 16/3018, 16/3031

Der Ausschuss stellt die Beratung des Antrags zurück, bis die Fraktionen die vorliegenden schriftlichen Stellungnahmen ausgewertet haben.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Ökostrombeschaffung für Landesliegenschaften

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2183

(überwiesen am 10. September 2008 an den **Finanzausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der federführende Finanzausschuss schriftliche Stellungnahmen einholen wird. Er schließt sich diesem Verfahren an.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Ausweitung der Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1993

(überwiesen am 24. April 2008 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke **16/3281, 16/3396**

b) Den Nationalpark Wattenmeer durch Ausweitung der Ölförderung schützen

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2203

(überwiesen am 10. September 2008 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss stellt die Beratung bis zum Vorliegen der Voten der anderen an der Beratung beteiligten Ausschüsse zurück.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Dem ländlichen Raum Entwicklungschancen lassen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2057

(überwiesen am 28. Mai 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Landesentwicklungsplan derzeit den Kommunen zur Stellungnahme vorliegt. Er kommt überein, die Beratung zurückzustellen, bis diese Stellungnahmen vorliegen und ausgewertet sind.

Abg. Hildebrand erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden und gibt seiner Erwartung Ausdruck, dass über diese Thematik erneut im Landtag debattiert wird.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Grüne Woche 2009/Informationsreise

Der Ausschuss kommt überein, die Grünen Wochen 2009 und 2010 zu besuchen. Er beabsichtigt jeweils am Samstag zu einem früheren Zeitpunkt als bisher anzureisen und am Montag zu einem späteren Zeitpunkt als bisher abzureisen, sodass mehr Beratungszeit zur Verfügung steht. Beabsichtigt ist ferner, gegebenenfalls am Montagvormittag Gespräche über aktuelle Themen der Agrarpolitik gegebenenfalls mit Vertretern des Bundestages zu führen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass die französische Partnerregion Schleswig-Holsteins den Ministerpräsidenten zu Veranstaltungen in Brüssel am 8./9. Oktober 2008 und in Nantes am 22./23. Oktober 2008 zum Thema europäische Agrarpolitik eingeladen hat. Am 8. Oktober 2008 werde der Ministerpräsident durch Minister Dr. von Boetticher vertreten. Für den Termin am 22./23. Oktober 2008 sei eine Wahrnehmung durch einen Politiker beziehungsweise Agrarexperten vorgeschlagen worden.

Der Ausschuss kommt überein, den Abgeordneten Hamerich zu entsenden, sofern die Kosten dafür nicht aus dem Reisebudget des Umwelt- und Agrarausschusses getragen werden.

Abg. Matthiessen beantragt für die nächste Sitzung einen Bericht der Landesregierung zu den Planungen zum Umbau der Marina Wentorf unter besonderer Berücksichtigung des Küstenschutzes.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 15:15 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin